



Anspruch und Wirklichkeit

Statt mehr Freiheit zu wagen lässt die Bundeskanzlerin nun mehr Verstaatlichung im Gesundheitswesen zu.

Rezepte von gestern für die Medizin von morgen. Das waren schon die Eckpunkte des Bundesgesundheitsministeriums für die Gesundheitsreform im Jahre 2003, geprägt von zentralistischen Gedanken und Staatsgläubigkeit. Beim Außerordentlichen Deutschen Ärztetag am 18. Februar 2003 in Berlin plädierte die damalige Oppositionsführerin für einen anderen Ansatz:

„Wer versucht, von oben und durch Zentralismus das System zu steuern, wird immer wieder Schiffbruch erleiden und letztlich bei einer Zuteilung unten bei Ihnen enden. Deshalb gibt es keine Alternative zur Therapiefreiheit, zur freien Arztwahl, zum Wettbewerb der Krankenkassen. In der Konstellation der Kräfte zwischen Krankenkassen, Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenhäusern und Pharmaindustrie darf auch nicht ein einziger Teilnehmer am Wettbewerb mit Überverantwortung ausgestattet werden, der alle anderen Teilnehmer am Wettbewerb knebeln kann. In diesem Feld muss vielmehr ein Gleichgewicht der Kräfte herrschen.“

Mehr Freiheit wagen, das ist der Anspruch von Dr. Angela Merkel an ihre eigene Politik. Allzu krass ist der Widerspruch zur gesundheitspolitischen Wirklichkeit der Großen Koalition. Unter Führung der Bundeskanzlerin darf das Bundesgesundheitsministerium nahezu ungebremst Pläne zur Verstaatlichung des deutschen Gesundheitswesens ins Bundeskabinett bringen, die unter Rot-Grün in wichtigen Punkten noch abgemildert werden konnten.

Euphemistisch verkauft die Koalition ihr Gesetzesvorhaben als „Wettbewerbsstärkungsgesetz“. Doch fällt auf diesen Etikettenschwindel kaum jemand herein. 80 Prozent der Deutschen sind gegen die Reform. Die Koalition regiert an den Menschen vorbei. Die spüren, dass ihnen eine nie gekannte Rationierung der medizinischen Versorgung droht.

Das wahre Motto des Gesetzentwurfes „der Staat hat das Sagen“ und die fatalen Folgen für die Versorgungswirklichkeit haben wir beim Außerordentlichen Deutschen Ärztetag am 24. Oktober in Berlin offen gelegt (siehe auch „Thema“ Seite 10).

Die geplante Reform löst keine Probleme, sie schafft nur neue. Die Selbst-

verwaltung wird zu einer unterstaatlichen Rationierungs- und Zuteilungsmaschine umgebaut. Die faktische Zerschlagung der Kassenärztlichen Vereinigungen wird die flächendeckende Versorgung der Patienten zerstören.

Das Einnahmeproblem der Gesetzlichen Krankenversicherung bleibt ungelöst. Die Unterfinanzierung des Systems wird fortgeschrieben. Die Existenznöte zahlreicher Arztpraxen werden wachsen, Krankenhäuser werden schließen.

Das funktionierende System der auf Kapitaldeckung basierenden privaten Krankenversicherung wird geschwächt und soll in eine staatlich kontrollierte Einheitszwangsversicherung überführt werden.

Der Arztberuf als Freier Beruf wird vollends demontiert. Wir wollen keine Staatsmediziner und Rationierungsassistenten sein. Wer das verlangt, wird erleben, dass wir auf die so gestellte Systemfrage eigene Antworten haben.

Die Koalition, an der Spitze die Bundeskanzlerin, hat sich in eine Sackgasse hineinmanövriert. Sie wird mit diesem Gesetz keine neue Rechtswirklichkeit erzwingen können. Sie braucht Akzeptanz, sie braucht das Engagement der Gesundheitsberufe, um die Gesundheitsversorgung aufrechterhalten zu können.

Wir sind bereit, die Probleme offen und ehrlich zu diskutieren. Ich habe deshalb einen Bundesgesundheitsrat vorgeschlagen, der sachgerecht und transparent politische Entscheidungen im vorpolitischen Raum vorbereitet. Dieser könnte Vorschläge unter sozialen, ethischen, ärztlichen sowie medizinisch-gesundheitswissenschaftlichen Kriterien entwickeln, dann mit allen betroffenen Gruppen öffentlich diskutieren. Das wäre die Dialogkultur, die wir im Gesundheitswesen brauchen statt einer zentralistischen Kommandomedizin.

Ich wünsche der Bundeskanzlerin den Mut, einen Neuanfang zu wagen – mit uns und nicht gegen uns.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und des Deutschen Ärztetages*